

Christine Hepp

Kindergrundrechte

Der verfassungsrechtliche Status des Kindes in der
Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts



Nomos

Gesetzgebung und Verfassung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Michael Kloepfer,
Humboldt-Universität zu Berlin

Band 14

Christine Hepp

Kindergrundrechte

Der verfassungsrechtliche Status des Kindes in der
Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-7901-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-2302-2 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur konnten bis einschließlich Juli 2020 berücksichtigt werden. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz“ der Bundesregierung vom 19. Januar 2021 wurde nachträglich eingearbeitet.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Ivo Appel. Er hat mich als Doktorvater hervorragend betreut und mir den nötigen Freiraum bei der Erstellung dieser Arbeit gewährt. Mein Dank gilt auch Prof. Dr. Dagmar Felix für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die darin enthaltenen wertvollen Anmerkungen. Weiterhin bedanke ich mich bei Prof. Dr. Michael Kloepfer als Herausgeber für die Aufnahme der Dissertation in die Schriftenreihe „Gesetzgebung und Verfassung“ der Nomos Verlagsgesellschaft.

Danken möchte ich schließlich all jenen, die mich während meiner Promotionszeit fachlich wie persönlich begleitet und unterstützt haben. Dieser Dank geht auch an meine Freunde und meine Familie und hier insbesondere an meine Eltern. Besonderer Dank gilt meiner Schwester Lisa Haken und meiner Freundin und Kollegin Caroline Mütter. Ihnen beiden danke ich nicht nur für das Korrekturlesen des Manuskripts, sondern auch für die produktiven Gespräche sowie ihr unerschütterliches Vertrauen in meine Person und meine Fähigkeiten.

Hamburg, im Juni 2021

Christine Hepp

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einführung und Grundlagen	21
A. Problemaufriss und Vorüberlegungen	21
I. Präsenz des Kindes in Recht und Politik – Abstinenz in der Verfassung?	21
II. Die Problematik mit dem Kind im Recht	23
1. Tatsächliche Spezifika des Kindseins	23
a) Das Kind als zu schützendes, abhängiges Wesen	23
b) Das Kind als emanzipiertes, autonomes Wesen	24
c) Fazit: das Kind im Spannungsverhältnis	24
2. Normative Herausforderungen	25
a) Austarieren des Ambivalenzverhältnisses	25
b) Grenzen der Steuerungsfähigkeit des Rechts	25
c) Fazit: Individualität und Variabilität	26
III. Kinderspezifisches Verfassungsrecht und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts	27
B. Untersuchungsgegenstand und Terminologie	28
I. Das Kind als Rechtsbegriff	28
II. Kinderrechte versus Kindergrundrechte	31
1. Inhaltliche Differenzierung	31
a) Differenzierung nach Ebene der Normenhierarchie	31
b) Kinderrechte auf der Ebene des Grundgesetzes	32
2. Sprachliche Differenzierung	34
C. Ausgangspunkt: die Aufnahme ausdrücklicher Kindergrundrechte in die Verfassung	35
I. Vergangenes und Gegenwärtiges zum Disput	35
II. Die Standpunkte des Disputs	37
1. Das Ob einer Verfassungsänderung	37
a) Für die Aufnahme ausdrücklicher Kindergrundrechte	37
b) Gegen die Aufnahme ausdrücklicher Kindergrundrechte	42

Inhaltsverzeichnis

2. Das Wie einer Verfassungsänderung	45
a) Die verschiedenen Vorschläge und ihre Befürwortung	46
aa) Ort einer Neuregelung	46
bb) Art und Weise einer Neuregelung	48
cc) Inhalt einer Neuregelung	49
b) Ablehnungen und Gegenvorschläge	51
aa) Kritik am Ort einer Neuregelung	51
bb) Kritik an Art und Weise einer Neuregelung	52
cc) Kritik am Inhalt einer Neuregelung	53
III. Bewertung des Disputs	54
D. Ziel und Gang der Untersuchung	56
I. Ziel der Untersuchung	56
II. Gang der Untersuchung	57
Teil 2: Der Rechtstatus des Kindes im internationalen und nationalen Kontext	60
A. Rückblick: rechts- und gesellschaftshistorischer Abriss des Status des Kindes	60
B. Bestandsaufnahme: der gegenwärtige internationale und nationale Kinderrechtsrahmen	69
I. Kinderrechte auf völker- und europarechtlicher Ebene	69
1. Die UN-Kinderrechtskonvention	69
2. Die UN-Behindertenrechtskonvention	74
3. Die Europäische Menschenrechtskonvention	74
4. Europäisches Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten	76
5. EU-Vertrag und Europäische Grundrechtecharta	77
II. Kinderrechte auf nationaler Ebene	78
1. Kinderrechte im Verfassungs- und Landesverfassungsrecht	78
a) Art. 6 GG als Ausgangspunkt des verfassungsrechtlichen Status des Kindes	78
aa) Verfassungshistorischer Hintergrund und Bedeutungswandel der Norm	79

bb)	Das Bundesverfassungsgericht und das dreipolige Verhältnis zwischen Kind, Eltern und Staat	81
aaa)	Das Kind-Staat- und das Kind-Eltern-Verhältnis	81
bbb)	Das Eltern-Staat-Verhältnis	82
	(1) Das Elternrecht gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	82
	(2) Das staatliche Wächteramt gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 2, Abs. 3 GG	87
	(3) Die Bedeutung der Kindergrundrechte im Rahmen des Eltern-Staat-Verhältnisses	89
cc)	Das verfassungsrechtliche Umfeld von Elternrecht und Wächteramt	92
b)	Kinderrechte im Landesverfassungsrecht	93
2.	Kinderrechte im einfachen Recht	95
a)	Kinderrechte im Zivilrecht	95
b)	Kinderrechte im öffentlichen Recht	100
c)	Kinderrechte im Strafrecht	102
III.	Fazit	103
C.	Einfluss des Kinderrechtsrahmens auf die Grundrechte des Kindes	105
I.	Einfluss des völker- und europarechtlichen Rahmens auf die Grundrechte des Kindes	106
1.	Das Völker- und Europarecht in der deutschen Normenhierarchie	106
a)	Rangstellung von Völker- und Europarecht	106
b)	Ausnahme: Verfassungsrang völkerrechtlicher Menschenrechtsbestimmungen?	107
c)	Fazit: kein Verfassungsrang der inter- und supranationalen Kinderrechte	109
2.	Verfassungsrechtliche Rezeptionsmechanismen für das Völker- und Europarecht	109
a)	Offene Staatlichkeit und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	110
aa)	Das Bundesverfassungsgericht und der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	111

Inhaltsverzeichnis

bb) Adaption auf etwaige völkerrechtliche Menschenrechtsbestimmungen?	112
b) Offene Staatlichkeit und Europarechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	114
c) Fazit: mittelbarer Einfluss der inter- und supranationalen Kinderrechte	115
II. Einfluss des nationalen Rechtsrahmens auf die Grundrechte des Kindes	115
III. Fazit	116
D. Gesamtbetrachtung des internationalen und nationalen Kontexts	117
Teil 3: Grundrechtsträgerschaft, Grundrechtsausübungs- und Prozessfähigkeit von Kindern in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	119
A. Grundrechtsträgerschaft	119
I. Grundsatz der prinzipiell umfassenden Grundrechtsträgerschaft von Kindern	119
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	119
2. Folgerungen	123
a) Umfassende Grundrechtsträgerschaft als gefestigter Rechtsprechungsgrundsatz	123
b) Dogmatische Herleitung der Grundrechtsträgerschaft von Kindern	124
c) Beginn der Grundrechtsträgerschaft	125
d) Umfang der Grundrechtsträgerschaft von Kindern	126
e) Terminologie und Abgrenzungen	126
3. Fazit	127
II. Kinderspezifische Ausnahmen und Besonderheiten der Grundrechtsträgerschaft	128
1. Kinderspezifische Ausnahmen de constitutione expressis verbis	128
a) Das Wahlrecht gemäß Art. 38 GG	128
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	128
bb) Folgerungen	130
aaa) Keine Grundrechtsträgerschaft von Kindern in Bezug auf das Wahlrecht	130
bbb) Anforderungen an ein Wahlgrundrecht für Kinder	131

b) Die allgemeine Wehrpflicht gemäß Art. 12a Abs. 1 GG	132
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	132
bb) Folgerungen	133
c) Ausweitung der Altersgrenzen de constitutione expressis verbis?	134
d) Fazit	135
2. Kinderspezifische Ausnahmen der Grundrechtsträgerschaft durch tatsächliche Verhältnisse	135
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	135
b) Folgerungen	137
aa) Generelle Unabhängigkeit von Grundrechtsträgerschaft und tatsächlichen Verhältnissen	137
bb) Bedeutung für die Grundrechtsträgerschaft im Einzelnen	139
aaa) Grundrechte ohne besondere tatbestandliche Voraussetzungen	139
bbb) Grundrechte mit besonderen tatbestandlichen Voraussetzungen	139
(1) Grundrechte mit persönlichen Gewährleistungsschranken	140
(2) Grundrechte mit sachlichen Gewährleistungsvoraussetzungen	141
cc) Andersartiger Einfluss auf die Grundrechte des Kindes	142
c) Fazit	143
3. Kinderspezifische Ausnahmen der Grundrechtsträgerschaft durch einfachgesetzliche Verhältnisse	143
a) Grundrechtsträgerschaft und einfachgesetzliche Berechtigungsvorschriften	144
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	144
bb) Folgerungen	146
aaa) Generelle Unabhängigkeit von Grundrechtsträgerschaft und einfachgesetzlichen Verhältnissen	146

Inhaltsverzeichnis

bbb)	Bedeutung für die Grundrechtsträgerschaft im Einzelnen	147
(1)	Grundrechte mit rechtsgeschäftlichem Einschlag	147
(2)	Grundrechte mit tatsächlichem Einschlag	148
ccc)	Andersartiger Einfluss auf die Grundrechte des Kindes	149
b)	Zur Grundrechtsträgerschaft von Kindern in Bezug auf die Eheschließungsfreiheit	150
aa)	Die neue Rechtslage im Eherecht und das „Verbot von Kinderehen“	150
bb)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	152
cc)	Folgerungen	154
aaa)	Keine Ausnahme von der Grundrechtsträgerschaft von Kindern in Bezug auf die Eheschließungsfreiheit	154
bbb)	Ablehnung des teilweise vertretenen Ansatzes der Literatur	155
c)	Fazit	157
4.	Grundrechtsträgerschaft und Schulverhältnis	158
a)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	158
b)	Folgerungen	159
aa)	Grundrechtsträgerschaft trotz Eintritt in öffentlich-rechtliches Schulverhältnis	159
bb)	Fazit	160
5.	Grundrechtsträgerschaft und Grundrechtsadressat	160
a)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	160
b)	Folgerungen	161
aa)	Das Kind als Grundrechtsträger auch im Verhältnis zu den Eltern?	161
aaa)	Mögliche Abkehr vom Grundsatz der mittelbaren Drittwirkung	161
bbb)	Mögliche bereichsspezifische Durchbrechung des Grundsatzes für das Eltern-Kind-Verhältnis	163
ccc)	Mögliche punktuelle Durchbrechung des Grundsatzes für ein Recht aus Art. 6 Abs. 2 GG	164
bb)	Fazit	164

6. Sonstige Ausnahmen und Besonderheiten	165
a) Art. 6 Abs. 3 GG	165
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	165
bb) Folgerungen	166
aaa) Art. 6 Abs. 3 GG als subjektives Abwehrrecht der Erziehungsberechtigten	166
bbb) Art. 6 Abs. 3 GG als subjektives Abwehrrecht des Kindes gegen Trennung?	167
b) Art. 6 Abs. 5 GG	168
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	168
bb) Folgerungen	169
aaa) Art. 6 Abs. 5 GG als Grundrecht des unehelichen Kindes	169
bbb) Art. 6 Abs. 5 GG als kinderspezifisches Grundrecht?	170
c) Fazit	171
III. Fazit	171
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	172
B. Grundrechtsausübung und „Grundrechtsmündigkeit“	173
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	173
II. Folgerungen	174
1. Terminologie und Abgrenzungen – Divergenzen zwischen Bundesverfassungsgericht und Literatur	174
2. Grundrechtsausübung und tatsächliche Verhältnisse	176
a) Grundrechte ohne besondere tatbestandliche Voraussetzungen	176
b) Grundrechte mit besonderen tatbestandlichen Voraussetzungen	177
3. Grundrechtsausübung und einfachgesetzliche Verhältnisse	177
4. Keine darüber hinausgehende Grundrechtsmündigkeit	178
III. Fazit	180
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	180
C. Prozessfähigkeit im Verfassungsbeschwerdeverfahren	181
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	181

Inhaltsverzeichnis

II. Folgerungen	183
1. Terminologie und Abgrenzungen	183
2. Selbstständige Einlegung der Verfassungsbeschwerde durch das Kind	184
a) Die kasuistische Lösung des Bundesverfassungsgerichts	184
aa) Vom Gericht bedachte Konstellationen	184
bb) Sonstige Konstellationen und die Absage an eine generelle Lösung	185
b) Offene Fragen und die Lösungsansätze der Literatur	186
3. Einlegung der Verfassungsbeschwerde durch die gesetzlichen Vertreter oder Dritte	188
III. Fazit	189
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	190
Teil 4: Kinderspezifische Grundrechte und Grundrechtsinhalte in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	191
A. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Kindes (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	191
I. Das Grundrecht des Kindes auf Person-werden	191
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	191
2. Folgerungen	192
a) Das Recht auf Person-werden	192
aa) Anerkennung und dogmatische Herleitung	192
bb) Zur Frage der Kinderspezifik	194
cc) Grundrechtsgehalt im Allgemeinen	195
dd) Grundrechtsgehalt im Einzelnen	196
b) Schutz vor medialer Berichterstattung	197
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	197
bb) Folgerungen	198
c) Recht auf Erhalt bestehender sozial-familiärer Bindungen	200
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	200
bb) Folgerungen	201
d) Sonstige kinderspezifische Schutzgüter des Persönlichkeitsrechts	203
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	203

bb) Folgerungen	204
3. Fazit	206
4. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	207
II. Das Grundrecht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung	208
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	209
2. Folgerungen	211
a) Begründung des Rechts	211
aa) Anerkennung und dogmatische Herleitung	211
bb) Bundesverfassungsgerichtlicher Argumentationsgang	213
aaa) Argumentationsstruktur vor dem Urteil aus April 2016	213
bbb) Argumentationsstruktur in dem Urteil aus April 2016	215
b) Zur Frage der Kinderspezifik	215
c) Grundrechtsgehalt im Allgemeinen	217
d) Grundrechtsgehalt im Einzelnen	218
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	218
bb) Folgerungen	220
aaa) Recht auf Schutz vor Vorenthaltung erlangbarer Informationen	220
(1) Konkretisierbarkeit der Gewährleistung	220
(2) Konkretisierung durch kollidierendes Verfassungsrecht	221
(3) Zur Frage von Bezugsobjekt und Schutzrichtung	222
bbb) Grundrecht auf Nichtkenntnis der eigenen Abstammung?	224
3. Fazit	225
4. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	226
B. Das Grundrecht des Kindes auf staatliche Gewährleistung elterlicher Pflege und Erziehung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG)	227
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	227

Inhaltsverzeichnis

II. Folgerungen	230
1. Grundrecht des Kindes auf staatliche Gewährleistung elterlicher Pflege und Erziehung	230
a) Begründung des Rechts	230
aa) Anerkennung und dogmatische Herleitung	230
bb) Rechtsnatur und Schutzrichtung	231
cc) Konstruktion im Obiter Dictum	232
b) Zur Frage der Kinderspezifik	232
c) Grundrechtsgehalt im Allgemeinen	233
d) Grundrechtsgehalt im Einzelnen	234
aa) Recht des Kindes auf Zuordnung von Eltern	234
aaa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	234
bbb) Folgerungen	235
(1) Recht von Entzug der Eltern verschont zu bleiben	235
(2) Recht auf Gestellung von (weiteren) Eltern?	236
bb) Recht des Kindes auf Gewährleistung tatsächlicher elterlicher Hinwendung	237
aaa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	237
bbb) Folgerungen	240
(1) Recht, von unberechtigter Trennung von den Eltern verschont zu bleiben	240
(2) Recht auf Sicherstellung elterlichen Pflege- und Erziehungsvermögens vor, während und nach staatlicher Trennung von den Eltern	241
cc) Zwischenfazit	243
e) Zur Frage der Notwendigkeit eines Grundrechts auf staatliche Gewährleistung elterlicher Pflege und Erziehung	244
2. Kein Grundrecht des Kindes auf elterliche Gewährleistung von Pflege und Erziehung	245
III. Fazit	247
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	248

C. Zu einem Grundrecht des Kindes auf Bildung	250
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	250
II. Folgerungen	251
1. Recht des Kindes auf anlagen- und befähigungsgerechte Persönlichkeitsentfaltung	251
a) Anerkennung und dogmatische Herleitung	251
b) Zur Frage der Kinderspezifik	252
c) Grundrechtsgehalt im Allgemeinen	253
d) Grundrechtsgehalt im Einzelnen	255
aa) Kein eigenständiges und umfassendes Bildungsgrundrecht	255
aaa) Ansatz des Bundesverfassungsgerichts	255
bbb) Ansätze der Literatur	256
bb) Elemente eines Bildungsgrundrechts	259
2. Recht auf gleichen Zugang zu vorhandenen Bildungseinrichtungen	259
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	259
b) Folgerungen	260
3. Recht auf Mindestmaß an Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit	262
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	262
b) Folgerungen	262
4. Recht auf behindertengerechte Förderung	263
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	263
b) Folgerungen	264
III. Fazit	266
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	267
D. Das Grundrecht des Kindes auf den Schutz des Staates (Art. 2 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 i. V. m. Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG)	269
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	269
II. Folgerungen	270
1. Anerkennung und dogmatische Herleitung	270
2. Zur Frage der Kinderspezifik	272
3. Grundrechtsgehalt im Allgemeinen	273

Inhaltsverzeichnis

4. Grundrechtsgehalt im Einzelnen	274
a) Recht des Kindes auf den Schutz des Staates im elterlichen Haushalt	274
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	274
bb) Folgerungen	276
aaa) Recht des Kindes auf Schutz vor seinen Eltern	276
bbb) Paradigmenwechsel in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts?	277
b) Recht des Kindes auf den Schutz des Staates in familiengerichtlichen Verfahren	280
aa) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	280
bb) Folgerungen	281
III. Fazit	282
IV. Schlussfolgerungen mit Blick auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	283
Teil 5: Zusammenfassung und Verknüpfung der Erkenntnisse	286
A. Erkenntnisse in Bezug auf den bundesverfassungsgerichtlichen Kindergrundrechtsbestand	286
I. Grundrechtsträgerschaft, Grundrechtsausübungs- und Prozessfähigkeit von Kindern	286
II. Kinderspezifische Grundrechte und Grundrechtsinhalte	288
B. Erkenntnisse in Bezug auf die bundesverfassungsgerichtliche Kindergrundrechtsdogmatik	292
I. Kontinuierliche Stärkung der Rechtsposition von Kindern	292
II. Zur Auslegungsarbeit des Bundesverfassungsgerichts	295
III. Die Frage der Kinderspezifik	297
IV. Beibehaltung der herkömmlichen verfassungsrechtlichen Dogmatik	299
V. Überlappungen und Verdoppelungen im Grundrechtsschutz	300
VI. Klar gewordenes und Unklar gebliebenes	301
1. Terminologie und Abgrenzungen	301
2. Herausforderungen im Rahmen der Rechtsbegründungen	302

3. Kindergrundrechte, Elterngrundrechte, Kindeswohl	303
a) Kindergrundrechte versus Elterngrundrechte	303
b) Kindergrundrechte versus Kindeswohl	305
VII. Sonstige offene Fragen	305
VIII. Zum Einbezug wissenschaftlicher Erkenntnisse	307
IX. Bundesverfassungs- und Fachgerichtsbarkeit	307
C. Handlungsbedarf	308
I. Handlungsbedarf auf verfassungsrechtlicher Ebene	308
1. Handlungsbedarf des Bundesverfassungsgerichts	308
2. Kein Handlungsbedarf des Verfassungsgesetzgebers	310
II. Handlungsbedarf auf einfachrechtlicher und praktischer Ebene	314
D. Gesamtergebnis und Ausblick	315
Literaturverzeichnis	319

